

25
79

Union in Deutschland

Bonn, den 21. Juni 1979

Entscheidung muß bald fallen

Die CDU geht in die Verhandlungen mit der CSU über die Strategie zur Bundestagswahl 1980 und den Kanzlerkandidaten mit dem Ziel, eine Verständigung mit der CSU über die wichtigen Einzelfragen zu erreichen, heißt es in der Erklärung, die der erweiterte Bundesvorstand der CDU auf seiner Sitzung am 18. Juni 1979 unter Leitung von Helmut Kohl abgegeben hat.

Die CDU erblickt in den Vereinbarungen zwischen CDU und CSU vom 6. Dezember 1976 über die Grundlagen der politischen Zusammenarbeit bis zur Bundestagswahl 1980 eine wichtige Grundlage für die Gespräche.

Die CDU unterstreicht die Vereinbarung, nach der CDU und CSU sich verpflichtet haben, die Ausweitung jeglicher direkter oder indirekter Aktivitäten auf den Bereich des jeweiligen Partners nur im Einvernehmen mit diesem durchzuführen.

Die CDU strebt eine baldige Entscheidung über die anstehenden Fragen an.

Zu Mitgliedern der Strategiekommission hat der

(Weiter auf Seite 2)

■ ENERGIEPOLITIK

Initiative der Union zur Sicherung der Energieversorgung

Seite 5

■ WIRTSCHAFTS- POLITIK

Soziale Marktwirtschaft wieder mehr in den Vordergrund rücken / Vorstellung des Wirtschaftspolitischen Programms

Seite 7

■ KOALITION

SPD-Parteidienslt lobt Organisation der CDU

Seite 9

■ FDP-PARTEITAG

Stellungnahme zu den vier Beschlüssen: Kernenergie, Steuern, Datenschutz und Alterssicherung

Seite 11

■ LÄRMSCHUTZ

Unverantwortliche Verzögerungspolitik der SPD/FDP-Koalition

Seite 14

■ DOKUMENTATION

Erklärung von Helmut Kohl zur Unterzeichnung des SALT-II-Abkommens

grüner Teil

■ CDU-EXTRA

Ernst Albrecht: Wir haben die größten Chancen, wenn wir einig sind

gelber Teil

■ ÖA

Gesamtangebot

rosa Teil

■ INFORMATION

Ertl wieder umgefallen

Zu der Einigung zwischen Bundesminister Ertl und Bundesminister Matthöfer über die zukünftige Einkommenbesteuerung der Landwirtschaft erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Burkhard Ritz, in einer ersten Stellungnahme folgendes: Das Konzept ist nach Ansicht der CDU/CSU unbrauchbar, weil dadurch nicht mehr Steuergerechtigkeit erreicht wird. Belastet werden lediglich die Landwirte. Darüber hinaus führt das Vorgehen zu mehr Bürokratie bei den Bauern und den Finanzbehörden. Die SPD hat sich mit ihrem Hang zum bürokratischen Perfektionismus gegenüber

Bundesvorstand folgende Mitglieder des erweiterten Bundesvorstandes gewählt:

Dr. Helmut Kohl
Dr. Heiner Geißler
Dr. Ernst Albrecht
Dr. Alfred Dregger
Hans Katzer
Heinrich Köppler
Lothar Späth
Dr. Gerhard Stoltenberg
Dr. Bernhard Vogel

Die nächste Präsidiums- und Bundesvorstandssitzung findet am 25. Juni 1979 statt. Die ursprünglich für diesen Termin vorgesehene Sitzung des Bundespartei-ausschusses wurde auf den Monat Juli vertagt. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler informierte unmittelbar nach Abschluß der Sitzung CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber über die Ergebnisse der Beratungen.

der FDP durchgesetzt. Ertl ist wieder einmal umgefallen.

Die CDU/CSU hält an ihrer bisherigen Auffassung fest, das bewährte zweistufige System der Einkommenbesteuerung der Landwirtschaft unter Berücksichtigung von Korrekturen im Grenzbereich der buchführungspflichtigen Landwirte und solcher, die nach Durchschnittssätzen besteuert werden, zu erhalten. Hierdurch kann ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand mehr Steuergerechtigkeit erzielt werden.

12 000 Sirenen fehlen

Etwa 12 000 Elektrosirenen oder gleichwertige Alarmgeräte fehlen derzeit noch im Bundesgebiet. Allein im Freistaat Bayern werden noch 5 800 Sirenen benötigt. Großer Nachholbedarf besteht auch in den Ländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Das teilte der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Kolb, dem Unionsabgeordneten Eduard Lintner (Münnerstadt) auf Anfrage hin mit. Angesichts der geringen Mittel, die in der mittelfristigen Finanzplanung für den weiteren Sirenenaufbau vorgesehen sind, werden „bis zum Endausbau noch einige Jahrzehnte benötigt werden“, so wörtlich Dr. Kolb. Das Zivilschutzamt bemüht sich jetzt, gemeindliche Feuerwehresirenen auf Bundeskosten an den Warndienst anzuschließen, um schnellstmöglich einen besseren Schutzgrad für die Bevölkerung zu erreichen. Damit zeigt sich wiederum in einem wichtigen Teilbereich des zivilen Bevölkerungsschutzes, wie fahrlässig sorglos die Bundesregierung den Bevölkerungsschutz vernachlässigt. Im Ernstfall ist noch nicht einmal eine sichere und schnelle Warnmöglichkeit für die gesamte Bevölkerung gegeben.

Gleichberechtigung der Frauen am Arbeitsplatz

Zu dem vom Bundeskabinett verabschiedeten Gesetzentwurf zur Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung, MdB Helga Wex: Fast zu spät hat die Bundesregierung endlich die überfällige Anpassung der Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz an Artikel 119 der Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft in Angriff genommen. Allerdings ist zu bezweifeln, ob der vorgelegte Gesetzentwurf in seiner derzeitigen Fassung einen wirksamen Beitrag zur weiteren Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau am Arbeitsplatz leisten kann, da durch dieses Gesetz erst ein neuer Diskriminierungstatbestand für die Frau geschaffen wird und sich die Chancen der Frau am Arbeitsmarkt weiter verringern. Die CDU/CSU begrüßt von der Zielsetzung her dieses Gesetz, hat jedoch Zweifel, ob es in der vorgelegten Fassung für die Frauen nicht eher negative Auswirkungen haben wird. Sie wird daher alle Initiativen unterstützen, die einen Beitrag zur besseren materiellen Ausgestaltung des Gesetzes leisten, damit endlich die Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz in der Bundesrepublik durchgesetzt wird.

Kleine und mittlere Betriebe unterstützen

Der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand, MdB Hansheinz Hauser, hat die Bundesregierung aufgefordert, das Erstinnovationsprogramm so zu ändern, daß dessen angestrebter Effekt — die

Unterstützung kleiner und mittlerer Betriebe bei Innovationsvorhaben — auch tatsächlich erreicht werde. Nach der jetzigen Besteuerungspraxis würden die Vorteile des Regierungsprogramms verpuffen. Da die Innovationszuwendungen zu versteuern seien, werde ein Großteil der Finanzierungshilfe sofort wieder weggesteuert. Man müsse sich daher fragen, welchen Nutzen ein Erstinnovationsprogramm für kleine und mittlere Unternehmen habe, wenn die Beträge daraus nur zu einem Teil für den vorgesehenen Zweck eingesetzt werden könnten. Die mittelständische Wirtschaft komme ohnehin bei direkten Förderungsmaßnahmen schlecht weg.

Neue Fälle von Bürokratieauswuchs

Der Lüneburger CDU-MdB Horst Schröder kritisierte den Übereifer der Bundesregierung, mit welchem sie eine Flut von Anträgen und Verordnungen einbringt. Ein neuer Auswuchs sind die Verordnungen zum Problembereich der Körung von Schafböcken, Hengsten und Ebern. Schröder wörtlich: Wenn schon bei diesen Kleinigkeiten ein derartiger Aufwand getrieben wird, so ist es nicht verwunderlich, daß der Bürger über die zunehmende Bürokratie verzweifelt.

Energiequelle Biogas

In der öffentlichen Diskussion über die Energieversorgung werden vielfach die neuen Energiequellen „Biomasse“ erwähnt, über deren Nutzung schon erhebliche Erfahrungen vorliegen. Durch zwei Anfragen im Bundestag zum Thema „Biogas“ möchte der forschungspolitische Sprecher der Fraktion, MdB Christian Lenzer, erfahren, wie die Bun-

desregierung das Einsatzpotential beurteilt.

Schon im Jahre 1938 produzierten 33 städtische Kläranlagen in Deutschland ca. 18 Mio. Kubikmeter Biogas, das primär zum Heizen und als Treibstoff sogar für Kraftfahrzeuge verwendet wurde. Aus landwirtschaftlichen Abfällen kann man durch Methanbakterien ein Gas erzeugen mit einem Heizwert zwischen 4 500 bis 6 500 Kilokalorien pro Kubikmeter. Durch die sprunghaft ansteigende Erdölförderung in der Mitte der 50er Jahre war das in Deutschland gewonnene Biogas nicht mehr konkurrenzfähig. Erst in den letzten Jahren hat das Interesse an der Gewinnung von Methan aus Abfällen aufgrund der ständig steigenden Ölpreise wieder stark zugenommen.

Von Hassel wiedergewählt

Die Versammlung der Westeuropäischen Union hat in Paris den CDU-Bundestagsabgeordneten Kai-Uwe von Hassel einstimmig wiederum zum Präsidenten gewählt.

Jahn nimmt Europamandat nicht an

Der CDU-Abgeordnete Dr. Hans Edgar Jahn (Braunschweig) hat nachstehendes Schreiben an den Parteivorsitzenden Helmut Kohl gerichtet: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich gebe folgende Erklärung ab und bitte Sie, diese zu veröffentlichen.

„Mein Mandat für das Europäische Parlament werde ich nicht annehmen. Ich möchte nicht, daß der Partei Schaden zugefügt wird. Obwohl ich feststellen mußte, daß es keine Gnade für politischen Irrtum gibt, werde ich nicht resignieren, sondern weiter für die Christlich Demokratische Union und ihre Zie-

le arbeiten, wie ich das 32 Jahre lang getan habe.“

Nach Mitteilung der niedersächsischen CDU wird der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete Wilhelm Helms aus Twistringen (Kreis Diepholz) anstelle von Hans-Edgar Jahn für die niedersächsische CDU in das Europäische Parlament einziehen.

Der niedersächsische CDU-Landesvorsitzende Hasselmann begrüßte die Entscheidung Jahns und erklärte, die Diskussion um Jahn müsse damit beendet sein, zumal dieser in den langen Jahren seiner Mitgliedschaft in der Union an seiner demokratischen Grundeinstellung und seinem demokratischen Verhalten keinen Zweifel gelassen habe.

Bundesbürgschaft im Zwielficht

Die Untersuchung der Umstände, die im Sommer letzten Jahres zur überstürzten Übernahme einer Bundesbürgschaft in Höhe von 50 Mio. DM zugunsten der inzwischen in Konkurs gegangenen Firma Beton- und Monierbau AG geführt haben, darf mit dem wenig zufriedenstellenden Bericht, den der Bundesminister der Finanzen dem Haushaltsausschuß erstattet hat, nicht beendet sein, erklärte der Vorsitzende der Haushaltsgruppe der CDU/CSU-Fraktion, MdB Lothar Haase (Kassel).

Die Haushaltsgruppe hat daher den Bundesrechnungshof gebeten, die Vorgänge, die zu dieser Bürgschaftsübernahme geführt haben, gründlich zu prüfen. Gleichzeitig hat die Haushaltsgruppe bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Düsseldorf wegen der Vorgänge im Zusammenhang mit Beton- und Monierbau Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt.

■ ENERGIE

Initiative der Union zur Sicherung der Energieversorgung

Die Verweigerung der von der CDU/CSU-Fraktion geforderten Energiedebatte im Bundestag vor den Gipfelkonferenzen in Straßburg und Tokio durch die Bundesregierung ist ein über die Grenzen hinauswirkendes Eingeständnis ihrer Schwäche und Handlungsfähigkeit, erklärte der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, MdB Karl-Heinz Narjes.

Angesichts der weltweit bekannten energiepolitischen Zerstrittenheit der beiden Regierungsfraktionen kann die Bundesregierung ihre internationale Handlungsfähigkeit nur durch ein überzeugendes Votum des Bundestages wiederherstellen. Wenn sie darauf verzichtet, kann sie in Straßburg und Tokio nur als „lahme Ente“ am Verhandlungstisch sitzen und das zu einem Zeitpunkt, in dem es eine weltweite Energiekrise zu meistern gilt.

Der von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag eingebrachte Antrag über die Sicherung der Energieversorgung und Zukunftsorientierung der deutschen Energiepolitik hat folgenden Wortlaut:

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich darzulegen wie sie sich:

— in Anbetracht der rapiden Preiserhöhung und

— der sich abzeichnenden Verknappungserscheinungen auf den Weltmineralölmärkten sowie

— der sich zuspitzenden Diskussion um die Kernenergie eine ausreichende Energieversorgung für die Bundesrepublik Deutschland kurz-, mittel- und langfristig vorstellt.

Insbesondere wird die Bundesregierung aufgefordert zu sagen, wie sie den Hinweis des Bundeskanzlers auf mögliche kriegerische Verwicklungen in der Auseinandersetzung über die Ölversorgung beurteilt und welche Konsequenzen sie daraus zieht.

II. Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, in Anbetracht der Gesamtversorgungslage eine Neufassung der deutschen Energiepolitik bis zum 1. Oktober 1979 vorzulegen.

Die Perspektiven und Rahmendaten dieser Neufassung sollen unter Beachtung der Regeln marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik enthalten:

① Zeithorizonte, die im Regelfall auf das Jahr 2000 und auf die darüber hinaus erkennbaren Entwicklungen abzustellen sind. Sie müssen jedenfalls soweit reichen wie die heute fälligen und am längsten wirkenden strukturbestimmenden Investitionsentscheidungen der Energiewirtschaft.

② Eine umfassende Darstellung der Versorgungsrisiken bei allen Primärenergiearten.

③ Eine Ölpolitik, die den bisher vorgesehenen Anteil des Importöls an der Primärenergieversorgung 1990 und 1995 deutlich und auch mit international ins Gewicht fallenden Mengen mindert.

④ Vorkehrungen zur nachhaltigen Verbesserung der Sicherung gegen kurzfristige Versorgungsstörungen aufgrund politischer Risiken bei Rohöl, Gas, Kohle und Uran.

⑤ Vorstellungen darüber, wie dem beträchtlichen Einsparungspotential und ökologischen Erfordernissen Rechnung getragen und auf den nachgeannten Gebieten die Markteinführung neuer Technologien gefördert werden kann.

a) auf den Wärmemärkten

— durch Aufklärung und Information über Sparmaßnahmen,

— Ausbau der Kraft-Wärmekoppelung und der Fernwärmeversorgung einschließlich nuklearer Fernwärme,

— verstärkten Einsatz des Gases für Haushalt, Handel und Gewerbe,

— Nutzung der Umgebungswärme für die Gebäudeheizung durch Wärmepumpen, kombiniert mit Wärmespeichern und

— direkte Nutzung der Sonnenenergie für die Brauchwassererzeugung;

b) im Verkehrssektor durch

— Maßnahmen zur Veränderung der für den Motorenbau der Kraftfahrzeuge erheblichen staatlichen Rahmendaten, insbesondere des Steuerrechtes, mit dem Ziel der Verdrängung des Importöls.

⑥ Eine unzweideutige Aussage der Bundesregierung darüber, ob sie eine realistische Alternative für einen Verzicht auf Kernenergie sieht und anstrebt.

⑦ Vorkehrungen, die den bedarfsgerechten, die Sicherheit der Bevölkerung und die Umwelt berücksichtigenden Ausbau der Kernenergie über 1985 hinaus bis zum Jahre 2000 sicherstellen, auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse revierferner und strukturschwacher Regionen. Dasselbe gilt für die beschleunigte Bereitstellung nuklearer Prozeßwärme, insbesondere durch die Abkürzung der für die Einführung des Hochtemperatur-Reaktors vorgesehenen Fristen.

⑧ Umfassende Maßnahmen zur Sicherung des Baues von Kohlekraftwerken sowie Anreize zur beschleunigten Entwicklung und großtechnischen Einführung von Kohleveredelungstechnologien, die einen nennenswerten Beitrag der Veredelung von Braunkohle und Steinkohle zur Energieversorgung spätestens ab 1990 gewährleisten.

⑨ Eine Stellungnahme zu den langfristigen Förder- und Liefermöglichkeiten des deutschen Steinkohlenbergbaus für den inländischen Bedarf einschließlich der Vorlage eines Überblickes über notwendige Maßnahmen und Entscheidungen zum Erhalt und Ausbau der Förderkapazitäten sowie eine Abschätzung unseres künftigen Importbedarfs an Steinkohle nach Zeit und Menge sowie ein Überblick über die Maßnahmen, die zur Sicherstellung dieses künftigen Importbedarfs erforderlich erscheinen.

⑩ Darlegungen, ob sie die beschleunigte Einführung moderner, umweltfreundlicher Kohleverbrennungstechniken auf den Wärmemärkten durch geeignete Anreize für erforderlich hält.

III. Die Bundesregierung wird schließlich aufgefordert, darzustellen, welchen Beitrag die Bundesrepublik zur Lösung der Energieprobleme der Länder der Dritten Welt leisten soll.

■ WIRTSCHAFTSPOLITIK

Soziale Marktwirtschaft wieder in den Vordergrund rücken

Die CDU hat den Entwurf eines neuen wirtschaftspolitischen Programms vorgelegt, mit dem sie ein „umweltfreundliches Wachstum, Arbeit und Wohlstand für alle“ in den kommenden Jahren erreichen will. Der Programmentwurf, der inzwischen vom CDU-Bundesvorstand gebilligt worden ist, soll auf der nächsten Sitzung des CDU-Bundesausschusses zum Beschluß vorgelegt werden.

Dazu erklärten Generalsekretär Heiner Geißler und MdB Elmar Pieroth, Vorsitzender des Bundesfachausschusses „Wirtschaftspolitik“, auf einer Pressekonferenz in Bonn:

Die gravierenden ökonomischen und sozialen Probleme, die sich aus einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit, der ungelösten Energiefrage, einer labilen Wirtschaftslage und aus der ungesicherten Finanzlage der Sozialversicherung ergeben, sind nicht Ausdruck eines Versagens unserer Wirtschafts- und Sozialordnung. Sie sind vielmehr Ergebnis einer verfehlten Politik, die die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu überspielen versucht.

Deshalb legt der Bundesvorstand der CDU ein detailliertes wirtschaftspolitisches Programm „Herausforderungen an eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik“ vor, das dem nächsten Bundesausschuß der CDU zur Beratung und Beschlußfassung überwiesen wird.

Der Entwurf wurde vom Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik unter Leitung von MdB Elmar Pieroth erarbeitet. Mitglieder des Ausschusses sind u. a. die Bundestagsabgeordneten Biedenkopf, v. Bismarck und Vogt (Düren), die Wirtschaftsminister Frau Breuel (Niedersachsen) und Westphal (Schleswig-Holstein), die Wissenschaftler Prof. Engels, Prof. Wallraff SJ und Prof. Willgerodt.

Die konzeptionellen Grundzüge wurden noch von Prof. Müller-Armack mitberaten.

Das spezielle Papier zur Arbeitsmarktpolitik wurde zusammen mit dem Bundesfachausschuß Sozialpolitik, den Bundestagsabgeordneten Müller (Remscheid) und Hasinger erstellt.

Mit diesem wirtschaftspolitischen Programm werden die wirtschaftlichen und sozialen Ordnungselemente der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie die CDU in ihrem Grundsatzprogramm auf dem Ludwigshafener Parteitag im Oktober 1978 beschrieben hat, konkretisiert.

Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik sind:

- Arbeit für alle zu schaffen,
- die Vermögensbildung der Arbeitnehmer und die Eigenkapitalbildung der Unternehmen zu verbessern,
- mehr Flexibilität der Unternehmen zu sichern, um den weltweiten Strukturwandel bewältigen zu können,

- für einen klaren ökologischen Ordnungsrahmen zu sorgen,
- die Voraussetzungen für mehr Wettbewerb zu verbessern,
- die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren,
- die Bemühungen um eine Humanisierung des Arbeitslebens zu verstärken,
- dem dramatischen Rückgang der Geburten als einer der größten Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen,
- insbesondere durch eine wachstumsgerechte Steuerpolitik zu einer Verbesserung der Wachstumsgrundlage beizutragen.

Alternative für die Zukunft

Eine besonders wichtige Aufgabe bleibt die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung. Eine Lohnnivellierungspolitik, die von der SPD als „Schlüsselfrage“ sozialdemokratischer Politik und als „vorbeugende Sozialpolitik“ bezeichnet wird, ist hierfür, wie Erfahrungen zeigen, einfach der falsche Weg. Das Grundkonzept der Sozialen Marktwirtschaft — die klare Aufgabenverteilung zwischen Primäreinkommenspolitik (der am Markt erzielten Einkommen) und Sekundäreinkommenspolitik (umverteilte Einkommen) — bleibt das bessere Konzept.

Mit ihrem wirtschaftspolitischen Programm bringt die CDU eine Alternative für die Zukunft. Die Wirtschaftspolitik darf nicht nur bis zum nächsten Wahlsonntag schießen. Wir müssen unser Land rechtzeitig auf die Herausforderungen der 80er Jahre vorbereiten. Wenn wir diese Herausforderungen meistern, dann bringt das Arbeit, Wohlstand und umweltfreundliches Wachstum für alle.

Notwendig ist ein neuer wirtschaftspolitischer Kurs. Wir brauchen mehr Selbständigkeit, eine geringere Staatsquote und ein besseres Steuersystem: mit Anreizen zu Leistung, Arbeit, Vermögensbildung und Innovation.

Wir stehen vor einer geschichtlichen Weichenstellung: Es geht um eine Abkehr von Gigantomanie, Zentralismus und staatlichem Interventionismus. Weitere Konzeptionen, überbordende Subventionen und immer mehr Bürokratie passen nicht zum Lebensstil einer freiheitlichen Wohlstandsgesellschaft.

Zugleich müssen wir diesen Begriff von Wohlstand erweitern. Er muß neben Einkommenssteigerungen auch Umweltfreundlichkeit und Freude an der Arbeit beinhalten. Beides ist nur erreichbar, wenn wir uns stärker an den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft orientieren. Wir müssen wieder lernen, mehr „ökonomisch“ haushälterisch zu denken. Marktwirtschaftliche Steuerung über freie Preisbildung ist das beste Mittel, Versorgungskrisen und Stagnation zu verhindern — auch im Energiesektor, weitgehend auch im Umweltbereich.

Wirtschaftspolitik sollte stärker Ordnungspolitik sein, das heißt, die Funktionsfähigkeit der Märkte sichern und den Menschen helfen, gemäß ihren Wünschen und Fähigkeiten am Wirtschaftsprozeß teilnehmen zu können. Dem dient unsere Politik für mehr Selbständigkeit auch im Bildungs- bereich, in der Arbeitsmarktpolitik und im Außenwirtschaftsbereich bis hin zur Entwicklungspolitik. Besonders wichtig ist, daß auch die Sozialpartner die Zeichen der Zeit erkennen. Sie dürfen nicht alles Heil vom Staat erwarten, sondern müssen das weite soziale Gestaltungsfeld wieder mehr selbst beackern.

■ KOALITION

SPD-Parteidiensl lobl Organisation der CDU

Unter der Überschrift „Organisatorische Schwachstellen“ zieht der parteieigene Pressedienst der Sozialdemokraten „PPP“ eine bemerkenswerte Bilanz nach der Niederlage bei der Europawahl am 10. Juni und kommt zu dem Schluß ... „Auch der beste Kanzler sei kein Garant für den Wahlsieg, wenn es bei der Organisation hapert.“ Demgegenüber wird die Organisation der Union als musterhaft dargestellt. Wörtlich heißt es in dem Artikel:

„Der Ausgang der Europawahlen hat blitzartig die Richtigkeit einer These erhellet, die bereits in den Analysen der beiden SPD-Politiker Holger Börner und Hans Koschnick über die Bundestagswahl 1976 enthalten war. In dem Börner/Koschnick-Papier hatte es geheißten: Voraussetzung für Wahlerfolge ist eine gute Parteiorganisation. Wo das Mitgliederpotential klein oder inaktiv ist, sind keine dauerhaften Stimmengewinne möglich.

Das gute Abschneiden der CDU/CSU bei den Europawahlen unterstreicht, daß diese Parteiengruppierung organisatorisch große Fortschritte gemacht hat. Früher als Kanzlerwahlverein verspottet, haben sich CDU und CSU zu schlagkräftigen Mitgliederparteien gemauert. Ein Lehrstück für diese Entwicklung war bereits das gelungene Volksbegehren gegen die Schulreform in Nordrhein-Westfalen. Was viele Sozialdemokraten nicht für möglich gehalten hatten, traf ein. Die seit 1969 rasch anwachsende CDU-Mitgliedschaft bestimmte in der Diskussion um die Koop-Schule so sehr die öffentliche Meinung,

daß selbst SPD-Anhänger unsicher und verzagt reagierten.

Die SPD muß einsehen, daß ihr traditioneller organisatorischer Vorsprung kaum noch existiert. Die Mitgliederentwicklung stagniert, und jedes zweite SPD-Mitglied ist nur eine Karteileiche.“

Linke besorgt über Pläne der Parteiführung

In der SPD-Basis regt sich jetzt Widerstand gegen die Absicht des Parteivorstandes, durch eine Kanalisierung der Anträge zu Parteitag diese Veranstaltungen künftig zu straffen. Nach den jüngst bekanntgewordenen Vorschlägen einer „Arbeitsgruppe Parteitag“, der die SPD-Bundesvorstandsmitglieder Bahr, Friedrich, Heinemann, Matthiesen und Ristock angehören, sollen von den Parteimitgliedern zu Parteitag jetzt nur noch Anträge zu „Hauptthemen“ eingebracht und jeweils vom Parteivorstand im Einvernehmen mit dem Parteitag festgelegt werden. Die Parteilinke sieht darin, insbesondere mit Bezug auf den Berliner Parteitag der SPD im Dezember, einen „massiven Eingriff in die Rechte der Untergliederungen“. Gerade im Hinblick auf die seit einiger Zeit in der Partei zunehmend diskutierte Sorge, die SPD entwickle sich zu einer Art „Kanzlerwahlverein“, seien Bestrebungen, die Parteiarbeit noch stromlinienförmiger zu gestalten, nicht angebracht.

Die Parteilinke in der SPD, die sich seit einiger Zeit neu zu organisieren bemüht, etwa im „Frankfurter Kreis“, erregt sich vor allem auch über die Maßgabe der Arbeitsgruppe, das Quorum für Initiativanträge auf Parteitag auf 20 Prozent der Delegierten aus fünf Bezirken zu erhöhen. Dies entspräche einer Verdoppelung der bisher vorge-

schriebenen Zahl. Für den Berliner Parteitag hatte sich die Linke besonders viel vorgenommen.

Eppler contra Schmidt

Mit einer 38 Seiten starken Studie, die nachweisen soll, daß auf den Ausbau der Kernenergie verzichtet werden kann, versucht der baden-württembergische SPD-Vorsitzende Eppler die Absichten von Bundeskanzler Schmidt in dieser Frage zu durchkreuzen. Als seine Alternative zu den traditionellen Konzepten beschreibt Eppler: „Das Wachstum des Energieverbrauchs ein(zu)dämmen, ohne Verzicht üben zu müssen. Der Vorteil: Wo weniger geholt wird, fallen weniger Späne.“ Die Studie räumt ein, unser System der Energieversorgung lasse sich nicht über Nacht umstellen und effizienter machen. Die Umstellung werde „nur rechtzeitig in Gang kommen, wenn ein politischer Wille die Rahmenbedingungen schafft“.

Coppik droht SPD-Vorstand mit Klage

Der Offenbacher SPD-Bundestagsabgeordnete Coppik und der ihm in der Fraktion nahestehende Abgeordnete Thüsing beabsichtigen, „gegebenenfalls“ gegen den Vorstand der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion Klage vor einem ordentlichen Gericht zu erheben. Dieser Fall sei gegeben, falls der Fraktionsvorstand eine am 12. Juni nach einer Sondersitzung veröffentlichte Erklärung, in der angebliche Äußerungen der drei Abgeordneten nach einer achttägigen Iran-Reise mißbilligt wurden, nicht zurücknehmen sollte.

Die drei zum linken Fraktionsflügel zählenden Abgeordneten Coppik, Gansel und Thüsing hatten sich nach einer

Reise in den Iran, die sie ohne Billigung ihrer Fraktion unternommen hatten, verständnisvoll bis verständnisinnig über das Regime dort und dessen Todesurteile geäußert.

Hierzu erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Philipp Jenninger, die öffentliche Rechtfertigung der Hinrichtungswelle im Iran durch drei SPD-Bundestagsabgeordnete sei eine Schande für das gesamte Parlament und ein Akt beispielloser politischer Korruption. Mit dieser skandalösen Verteidigung und Rechtfertigung unmenschlichster Rachejustiz hätten die SPD-Abgeordneten Gansel, Coppik und Thüsing jedes Recht verloren, sich in der Bundesrepublik als selbsternannte Vorkämpfer rechtsstaatlicher Liberalität aufzuführen.

Jusos fordern Gscheidle erneut zum Rücktritt auf

Der Bundesvorstand der Jungsozialisten hat den Bundesminister für Verkehr und Post, Kurt Gscheidle (SPD), erneut zum Rücktritt aufgefordert. Der stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende Detlev Samland begründete die Forderung vor Journalisten in Bonn damit, daß Gscheidle weiterhin gegen den SPD-Parteitagebschluß über die Behandlung von Bewerbern und Angehörigen des öffentlichen Dienstes verstoße. Samland legte eine Dokumentation über mehrere Fälle von „Berufsverboten“ bei Bundesbahn und Bundespost vor und nannte elf Fälle von Disziplinarmaßnahmen, die mit Zweifeln an der Verfassungstreue von Bediensteten begründet werden. Samland sagte, das Vorgehen Gscheidles wirke parteischädigend, enttäusche das Vertrauen der Jugend in die SPD und setze die Wahlchancen der Partei aufs Spiel.

■ FDP-PARTEITAG

Ein gequältes Ja zur Kernenergie reicht nicht aus

Mit drei Stimmen Mehrheit gelang es der FDP auf ihrem Bundesparteitag in Bremen am vergangenen Wochenende einen Antrag zum Baustopp für Kernkraftwerke zu verhindern. Nach dem gequälten Ja zur Kernenergie stehen die Freidemokraten weiterhin vor großen Schwierigkeiten mit ihrem linken Flügel. Schon in Bremen hieß es nach der Abstimmung: „Die Parteiführung muß erkennen, daß sie mit so einer knappen Mehrheit die FDP nicht zur Atompartei machen kann!“

Die Kernenergie-Gegnerin Helga Schuchardt, die als Hamburger FDP-Chefin bei den letzten Landtagswahlen unter der Fünfprozenthürde blieb, schrieb dem Parteivorsitzenden Genscher einen ironischen Brief, in dem es u. a. hieß: „Es ist Ihnen gelungen, das auf dem Mainzer Parteitag verlorene Terrain vollständig zurückzuerobern und die Partei wieder zu dem zu machen, was sie im Interesse unserer weisen Obrigkeit zu sein hat: nämlich eine Ministerpartei!“

Aufmüßig prophezeiten die Linken in der FDP, „...das Ja zur Kernkraft könnte für die FDP bei den nächsten Wahlen den Marsch unter die Fünfprozentklausel bedeuten“.

Zu dem gequälten Ja der FDP zur Kernenergie stellte MdB Christian Lenzer,

forschungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, u. a. fest:

Für die Koalitionsparteien SPD und FDP nähert sich in der Energiepolitik die Stunde der Wahrheit. Nach der Zeit des Taktierens, des Ausweichens und der Formelkompromisse muß nun die Frage beantwortet werden, wie man es mit der Kernenergie endgültig halten will. Setzen sich diejenigen durch, die im Interesse der Sicherung der Energieversorgung unseres Landes den Anteil des Mineralöls zurückdrängen möchten — was unter anderem mit einem zügigen Ausbau der Kernenergie bei der Stromversorgung und späteren Nutzung der nuklearen Prozeßwärme aus Hochtemperaturreaktoren zur Veredelung unseres heimischen Primärenergieträgers Kohle zu realisieren wäre —, oder wird der quasi-religiöse Fanatismus der Kernkraftgegner in SPD und FDP siegen, die am liebsten alle Kernkraftbefürworter zu Knechten der Versorgungswirtschaft und Schuldigen am Untergang einer heilen Welt des einfachen Lebens stempeln möchten?

Immer noch „Restbedarfsdeckung“, immer noch Realitätsferne und das Verschließen der Augen vor den tatsächlichen Gegebenheiten, bestimmten zum großen Teil den Parteitag der FDP. Ob dieser Beschluß der FDP im Bonner Alltag innerhalb der SPD/FDP-Koalition mehrheitsfähig ist, werden bereits die nächsten Wochen zeigen.

Fredersdorf im Nacken

Zu den in Bremen beschlossenen Steuervorlagen der FDP stellte der finanzpolitische Sprecher der Fraktion, Hansjörg Häfele, fest: In den letzten zehn Jahren waren die FDP-Steuerpolitiker „zuverlässige Garanten“ des finanzpolitischen Kurses der SPD. Dies hat zu einer abenteuerlichen Staatsverschuldung und einer überhöhten Abgabenglast geführt. Jetzt plötzlich, Fredersdorf im Nacken und die Wahlen des Jahres 1980 im Auge, will sich die FDP hurtig als Steuerentlastungspartei profilieren und der steuerpolitischen Linie der CDU/CSU anschließen — ein paar Tage, nachdem sie im Kabinett einer mittelfristigen Finanzplanung ohne Steuerentlastungen zugestimmt hat! Soll dem Rentenschwindel von 1976 ein Steuerschwindel 1980 folgen?

Selbstverständlich darf der Staat auch in den kommenden Jahren die heimlichen Steuererhöhungen nicht kassieren. Dies ist seit langem das steuerpolitische Hauptziel der CDU/CSU, welches die Union konsequent weiterverfolgen wird. Es ist jedoch erstaunlich, wie wenig sich die regierungsverantwortliche FDP um die Konsolidierung der abenteuerlichen Staatsverschuldung schert. Wer wirklich Freiräume für die persönliche Leistungsbereitschaft und die betriebliche Investitions- und Innovationsbereitschaft durch Abbau der Steuerlast schaffen will, der muß das Übel an der Wurzel packen: Er muß die öffentlichen Ausgabenzuwächse so beschneiden, daß die Zunahme der Staatsverschuldung wesentlich deutlicher abnimmt, als es die Bundesregierung vor hat.

Die CDU/CSU wird der FDP, wie schon bisher in der Steuergesetzgebung, Ge-

legenheit geben, zu beweisen, inwiefern ihre Worte und Taten übereinstimmen. Der Schlüssel für ein leistungsgerechtes Steuerrecht und für eine spürbare Steuervereinfachung liegt in einem neuen Einkommen- und Lohnsteuertarif.

Klüger geworden?

Zum Datenschutz erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses, MdB Heinz Schwarz: Das Bundesdatenschutzgesetz ist unzulänglich. Jetzt hat dies auch die FDP auf ihrem Bundesparteitag in Bremen erkannt. Es kann niemand daran gehindert werden, klüger zu werden. Doch ist es unglaubwürdig, wenn sich die FDP jetzt als der große Beschützer der Privatsphäre des Bürgers feiern läßt. Man muß sich einmal vor Augen halten, daß für das Bundesdatenschutzgesetz der von der FDP gestellte Innenminister verantwortlich ist und daß das Gesetz erst am 1. Januar 1978 in Kraft getreten ist. SPD und FDP haben das Gesetz gegen den erklärten Willen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschlossen, nachdem zahlreiche Verbesserungsanträge der Union zum Schutze der Bürger im Parlament abgelehnt worden waren.

Für die CDU ist es eine Bestätigung ihrer Politik, daß die FDP jetzt größtenteils auf die Vorschläge der Union zurückgreift. Insbesondere müssen wirksamere Bestimmungen zur Sammlung, Weitergabe, Verarbeitung und Löschung personenbezogener Daten in dem Gesetz verankert werden. So hatte die Union bereits 1976 gefordert, sicherzustellen, daß die Speicherung besonders sensibler Daten im privaten Bereich, so zum Beispiel über gesundheitliche Verhältnisse sowie religiöse und politische Anschauungen, nur mit Zustimmung des Betroffenen erfolgen

darf. Es muß auch gewährleistet sein, daß der Datenaustausch zwischen Behörden nur zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben erfolgen darf.

Ein Rentenkonzept voller Widersprüche

Zu der Verabschiedung der **32 Thesen zur Alterssicherung** der FDP auf dem Bremer Parteitag erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises IV — Sozial- und Gesellschaftspolitik — der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Heinz Franke:

1976, das Jahr des großen Rentenbetruges der SPD/FDP-Koalition — darf sich nicht wiederholen, so die FDP in Bremen. Dies kann von der CDU/CSU nur unterstrichen werden. Nicht akzeptabel und letztlich wiederum ein „Rentenbetrug“ am Bürger als Versicherter oder Rentner dürfte die Realisierung der Beschlüsse des FDP-Parteitages zur Nettolohnanpassung bedeuten. Die Abkehr von der Anpassung der Renten nach der vorangegangenen Bruttolohnentwicklung und der Übergang zur Nettolohnanpassung, sei er noch so verdeckt formuliert, bedeutet für die Rentner eine Kürzung der Rentenanpassung und damit eine Verringerung ihres Lebensstandards.

An den Einsparungen der Rentenversicherungsträger in den nächsten zehn Jahren von von etwa 10 bis 15 Mrd. DM werden die Verluste der Rentner deutlich. Eine gleiche Anpassung der Renten und der Einkommen könnte nur dann eventuell hingenommen werden, wenn das Rentenniveau allgemein befriedigend wäre. Dies ist aber, wie Statistiken beweisen, nicht der Fall.

In der FDP ist man sich offensichtlich aber nicht einmal über das wünschens-

werte Rentenniveau einig. 60 % des Nettoarbeitentgelts, 65 % des Nettoarbeitsentgelts, 100 % des Nettoverdienstes oder 60 % des Bruttoverdienstes wurden auf dem Parteitag diskutiert. Die Unklarheit über die Zielvorstellungen in der Alterssicherung werden auch deutlich an der Entscheidung des FDP-Parteitages, eine Angleichung der Alterssicherungssysteme, zumindest in den Zielvorstellungen, nicht in Angriff zu nehmen. Eine weitere Auseinanderentwicklung der Höhe der Alterssicherung in der Beamtenversorgung, der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst und der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung ist aber mit Sicherheit nicht mehr lange hinzunehmen.

Soweit die Thesen die Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung betreffen, hat der Parteitag die bekannte Auffassung der FDP, die identisch ist mit dem Vorschlag der Sachverständigenkommission zur sozialen Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen, die Teilhaberrente in der Variante 3, bestätigt. Bemerkenswert an den Beschlüssen ist, daß einerseits eine Nettolohnanpassung, mit zukünftigen Finanzschwierigkeiten begründet, vom Parteitag verabschiedet wurde, andererseits eine Herabsetzung des Prozentsatzes von 70 % auf 65 % bei der Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung abgelehnt wurde.

Die CDU/CSU dagegen hält an der Bruttolohnanpassung strikt fest, und sie bejaht auch die Anrechnung von Erziehungszeiten. Die Stimmenthaltung des Bundeswirtschaftsministers Graf Lambsdorff zu den 32 Thesen zeigt, daß der Bundeswirtschaftsminister die Widersprüchlichkeit der Beschlüsse erkannt hat.

■ LÄRMSCHUTZ

Unverantwortliche Verzögerungspolitik

SPD und FDP erweisen sich bei den parlamentarischen Beratungen des Verkehrslärmschutzgesetzes im Bundestag als entscheidungsunfähig, stellte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU, MdB Dieter Schulte, fest. Am 20. April 1978 wurde dieses Gesetz vom Bundestag an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Die Koalition hat es zu verantworten, daß bis heute, außer einem Mammut-Hearing im Oktober letzten Jahres, Detailberatungen mit Sachentscheidungen nicht stattgefunden haben.

Sprecher aus ihren Reihen predigen zwar unentwegt die Lehrformel „Umweltschutz geht vor Straßenbau“ oder jonglieren in öffentlichen Erklärungen publikumswirksam mit Dezibel-Zahlen. In den Ausschüssen jedoch herrscht Funkstille bei der Koalition. Entscheidungen in der Sache werden mit Vertagungsanträgen verhindert. SPD und FDP bringen so den Bundestag in die Gefahr, am Ende der 8. Legislaturperiode beim Verkehrslärmschutzgesetz mit leeren Händen dazustehen.

Die CDU/CSU will dieses Gesetz auf jeden Fall in dieser Legislaturperiode. Die große Planungsunsicherheit wegen fehlender gesetzlicher Verkehrslärmbestimmungen ist für viele betroffene Bürger wie auch für die Baubehörden mittlerweile ein Ärgernis ersten Ranges.

Am schwersten betroffen von dieser Rechtsunsicherheit sind die Gemeinden. Ihnen setzen heute Gerichte nach langen Rechtsstreiten unterschiedliche Maßstäbe. Die Gemeinden erwarten zudem mit dem Verkehrslärmschutzgesetz zugleich eine finanzielle Förderung ihrer Lärmschutzmaßnahmen durch den Bund. Sie sind nicht bereit, heute solche Maßnahmen vorzunehmen und voll zu finanzieren, die in absehbarer Zeit möglicherweise vom Bund bezuschußt werden. Die CDU/CSU hält deshalb die von der Koalition betriebene Verzögerungspolitik beim Verkehrslärmschutzgesetz für unverantwortlich und stellt folgende Forderungen:

— dieses Gesetz darf sich nicht nur auf Lärmschutz an Bundesstraßen beschränken, sondern muß alle öffentlichen Straßen einbeziehen;

— Lärmschutzmaßnahmen in den Gemeinden müssen durch ein erweitertes Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz finanziert werden können;

— das Gesetz muß gewährleisten, daß bei der Planung neuer Verkehrswege zumindest die gegenwärtige Praxis des Lärmschutzes erhalten bleibt und nicht

— wie der Gesetzentwurf der Bundesregierung es vorsieht — der bestehende Zustand im Zeichen des Verkehrslärmschutzes sogar noch verschlechtert wird;

— der Lärmschutz an Schienenwegen muß im Gesetz für Neubauten und vorhandene Anlagen umfassend geregelt werden;

— beim Einbau von Lärmschutzfenstern ergänzen sich Lärmschutz und Energieeinsparung nahtlos; diese Erkenntnis macht ebenfalls eine zügige Verabschiedung des Gesetzes erforderlich.

■ IRAN

Urteile der Revolutionsgerichte verstoßen gegen Menschenrechte

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat im Deutschen Bundestag einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die Verletzung der Menschenrechte im Iran und den Bruch der Menschenrechtskonventionen vor die Vereinten Nationen zu bringen. Gleichzeitig hat Helmut Kohl, in einem Brief an Ministerpräsident Bazargan, seine tiefe Besorgnis über diese Vorkommnisse im Iran zum Ausdruck gebracht.

Die CDU/CSU hat seit jeher die Auffassung vertreten, daß die Souveränität der Staaten zu achten ist und eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes nicht erfolgen soll. Diese Zurückhaltung muß aber dort ihre Grenzen finden, wo elementare Menschenrechte mit Füßen getreten werden und internationale Konventionen rücksichtslos gebrochen werden. Das ist zur Zeit im Iran der Fall, stellte MdB Benno Erhard fest.

Der Präsident der islamischen Revolutionsgerichte, Ayatollah Sadegh Khalkali, hat am 12. Mai 1979 öffentlich erklärt, daß der Vollzug von Todesurteilen über bestimmte Personen, wo auch immer dieser stattfindet, „als legale Handlung“ gelte. Er hat die Regierungen der Staaten, „in denen diese Urteile vollstreckt

werden“, aufgefordert, „den oder die Vollzieher dieser Hinrichtungen nicht zu verfolgen“.

Diese Vogelfreierklärungen verletzen elementare rechtsstaatliche Grundsätze und mißachten die Rechtshoheit der Staaten. Kein souveräner Staat kann es hinnehmen, daß gedungene Mörder auf seinem Staatsgebiet Selbstjustiz verüben.

Die Bundesregierung hat die ganze Zeit zu den Vorgängen geschwiegen und aus Ängstlichkeit und Opportunismus Vogel-Strauß-Politik betrieben. Gerade sie mußte wissen, daß wir aufgrund unserer eigenen leidvollen Geschichte verpflichtet sind, den Verfolgten einer Diktatur mit allen Mitteln zur Seite zu stehen.

An dieser Stelle wiederholt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre Aufforderung an die Bundesregierung, sich an alle in der Bundesrepublik lebenden Iraner nebst ihren Organisationen zu wenden und ihnen eindringlich klarzumachen, daß die Vogelfreierklärung und die Aufforderung der islamischen Revolutionsgerichte nach deutschem Recht als Anstiftung zum Mord und nicht als Schuldaußschließungs- oder gar Rechtfertigungsgrund zu werten sind. Wer bei uns dieser Aufforderung Folge leisten würde, müßte mit einer Bestrafung als Mörder oder Mordgehilfe rechnen.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 CX
GEBÖHR BEZAHLT

■ ZITATE

Gespalten

Der Appell des Generalsekretärs Günter Verheugen, die Partei müsse die Bremer Mehrheitsresolution zur Energiepolitik nach außen wie ein Mann vertreten, erntete bei der Parteilinken nur Spott. Sie verwies auf die dürttige Mehrheit von drei Stimmen, mit der ein Baustopp unterbunden worden war... Nach Ansicht der lautstarken Verächter des Bremer Mehrheitsbeschlusses hat eine Überrumpelung der Delegierten durch die vier FDP-Bundesminister stattgefunden. Keiner von ihnen konnte indessen diesen Parteitag in der Siegerstimmung verlassen, in der, im November 1977, Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff den Kieler Parteitag hinter sich gebracht hatte. Abstimmungsergebnisse von damals und jetzt sprechen für sich. In Kiel waren von 400 Delegierten nur 60 für einen atomaren Baustopp eingetreten. Jetzt war fast jeder zweite Delegierte dafür. Von den 246 Befürwortern einer nuklearen

Stromerzeugung haben viele ihre unveränderten Vorbehalte im Text untergebracht.

General-Anzeiger, Bonn, 18. 6. 1979

Einen Ausweg aus der Krise der FDP, die bei den letzten Wahlen in der Tat „arg gebeutelt“ (so Genscher) wurde, zeigte der Bremer Kongreß nicht auf. Die Appelle des Vorsitzenden zur Geschlossenheit und eine ostentativ zur Schau getragene Zuversicht reichen alleine nicht aus.

Kölnische Rundschau, 18. 6. 1979

Der reformerische Schneid der FDP ist verfliegen, das Ziel einer gesellschaftspolitischen Avantgarde vergessen. Und wo noch — wie in der Diskussion um den Rechtsstaat — alte Zöpfe abgeschnitten werden sollen, handelt es sich vor allem um solche, an denen die FDP vor kurzem noch mitgeflochten hat. Solche Selbstkorrekturen sind zwar ehrenwert, aber nicht eben faszinierend. Nur die Tatsache, daß eine alltäglich gewordene FDP gegenwärtig dennoch nicht den Koalitionspartner wechseln kann, verdeckt die Gründlichkeit dieses Wandels.

Süddeutsche Zeitung, 18. 6. 1979

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. Verlag: Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. Vertrieb: Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD